

Frickhöffer, Wolfgang et al.

Article — Digitized Version
Floating und EWG

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frickhöffer, Wolfgang et al. (1971) : Floating und EWG, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 7, pp. 341-354

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134283>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Floating und EWG

In der jüngsten Währungskrise gaben die Bundesregierung und die Niederlande ihre Wechselkurse frei. Wird die europäische Währungsunion daran scheitern?

Kursfreigabe fördert die Integration

Wolfgang Frickhöffer, Heidelberg

Einigkeit besteht gewiß darüber, daß für eine Integration realistische Wechselkurse nötig sind, also Wechselkurse, die alle Transaktionen z. B. im Bereich des Handels, der Dienstleistungen oder der Kapitalbewegungen zum Ausgleich bringen und damit ein Gleichgewicht in der Devisenbilanz herstellen. Wenn dann in allen beteiligten Ländern für Stabilität und konjunkturellen Gleichlauf gesorgt wird, wären derartige realistische Gleichgewichtskurse auch weiterhin richtig und beständig. Leider gibt es jedoch immer wieder Diskrepanzen, und es liegt auf der Hand, daß ein Wechselkurs, der früher einmal

richtig war, nicht mehr zutreffen kann, wenn sich die Preisniveaus unterschiedlich entwickeln. Wechselkurskorrekturen sind dann nichts anderes als Maßnahmen, um Störungen abzufangen und zu neutralisieren, die sich aus dem jetzt falschen Umrechnungsschlüssel der verschiedenen Währungen ergeben. Sie führen jenen Zustand herbei – oder sichern ihn bei Flexibilität laufend –, wie er bei Gleichlauf in Stabilität und Konjunkturentwicklung bestehen würde.

DM erneut unterbewertet

Was heißt das nun für unsere Überlegungen? Natürlich wäre

die beste Lösung diejenige gewesen, bei der die EWG gemeinsam nach außen Flexibilität eingeführt hätte. Nach dem Scheitern dieser Bemühungen besaß die deutsche Politik aber durchaus das Recht, die Stabilität nun in alleiniger Verantwortung zu sichern – zumal wir uns ja auch von inflationären Entwicklungen in anderen EWG-Ländern abzusetzen hatten.

Daß zwischen der Kursfreigabe und dem Beginn des Dollarverkaufs durch die Bundesbank der Wechselkurs der DM im freien Markt anstieg, zeigt klar – und klarer als bei einer Neufixierung –, daß die DM in

der Tat in einem gewissen Maße schon wieder unterbewertet war. Ohnehin sollte man nicht warten, bis wieder ein sogenanntes fundamentales Ungleichgewicht deutlich wird, also das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Zweifellos ist es besser, durch Flexibilität eine Tendenz zur Unterbewertung jeweils frühzeitig abzufangen.

Auch geht es nicht darum, mit externen Mitteln vernachlässigte interne Probleme lösen zu wollen. Externe Mittel sind lediglich eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die internen Probleme mit den binnenwirtschaftlichen Dämpfungsinstrumenten gelöst werden können. Ohne außenwirtschaftliche Absicherung können diese Instrumente nicht wirksam eingesetzt werden. Gerade wenn z. B. durch eine strafere Haushaltspolitik ein Ansatz zur Beruhigung erzielt wird, tritt ein Preisniveau-Unterschied zum Ausland wieder stärker hervor, wird der Wechselkurs wieder verfälscht und stellt sich das ganze Problem erneut.

EWG-Konstruktion integrationswidrig

Was schließlich die sogenannte europäische Währungs-krise betrifft, die angeblich durch die deutsche Wechselkursfreigabe hervorgerufen wurde, so ist sie nicht auf die Flexibilität zurückzuführen, sondern darauf, daß in der EWG manches falsch konstruiert ist. Was jetzt durch Flexibilität in der EWG gefährdet wird, verdient ohnehin nicht festgehalten zu werden, ist nicht integrationsfördernd, sondern integrationswidrig. Zu diesen integrationswidrigen Dingen gehören auch Wechselkurse, die zwar fest, aber falsch fixiert sind. Die Währungsunion aber mit der Bandbreitenverengung beginnen zu wollen, war eine besonders große Absurdität. Die Bandbreitenverengung wäre ein formal-sinnloser Schritt gewesen, kei-

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Wolfgang Frickhöffer, 50, Dipl.-Volkswirt, ist seit 1962 Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e. V. in Heidelberg.

Raymond Barre, 47, Dr., ist ordentlicher Professor und seit 1967 als Vizepräsident der EWG-Kommission für die wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten der Gemeinschaft verantwortlich.

Hans-Eckart Scharrer, 33, M. A., Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, ist Leiter, Sabine Harmsen, 29, Dipl.-Volkswirt, Referentin der Abteilung Internationale Währungspolitik des HWWA.

Harald Jürgensen, 46, Dr. sc. pol., ist ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und u. a. Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Verkehr sowie Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Pierre Werner, 57, ist langjähriger Ministerpräsident und Finanzminister von Luxemburg und seit 1969 Verwaltungsrats-Vorsitzender der Europäischen Investitionsbank. Er führte den Vorsitz einer Arbeitsgruppe, die auf der Grundlage des sog. Barre-Memorandums den Stufenplan zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion (Werner-Plan) ausarbeitete.

neswegs ein konkreter Schritt in Richtung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Mit der Bandbreitenverengung zu beginnen, heißt, die Thermometer zu fixieren, statt die Temperatur in den verschiedenen Dampfkesseln zu vereinheitlichen.

In dieser Situation gab es keinen stärker gemeinschaftsfördernden Schritt als die Einführung der Flexibilität. Bei genauer Betrachtung deuten die nüchternen Fakten in die umgekehrte Richtung von dem, was in- und ausländische Vorurteile und Emotionen in die öffentliche Diskussion tragen. In Wahrheit hat die Bundesrepublik mit ihrer Flexibilitätsaktion die Chancen erheblich vergrößert, daß die Europäer gemeinsam ihre Interessen verteidigen – auch gegen die amerikanische Hegemonie.

Flexibilität als Verstoß gegen Vereinbarungen zu bezeichnen, ist hinsichtlich der tatsächlichen Wirkungen auf die Integration eine – wie auch immer zu beurteilende – formale, keineswegs aber eine reale Betrachtung. Flexibilität heißt lediglich Absage an völlig unsinnige Regelungen, die nur Scheinintegration bedeuten. Ein „Alleingang“ in der Wechselkursflexibilität ist keine isolierende, sondern ganz im Gegenteil eine besonders geschmeidig integrierende Maßnahme. Das Wort „Alleingang“ verfälscht hier den Tatbestand, wie auch eine „alleinige“ Zollsensung durch ihren Öffnungscharakter integrierend und nicht isolierend ist.

Konjunkturen-Harmonisierung fehlt noch

Die oft vorgetragene These, daß zu einer Integration starre Wechselkurse gehören würden, hält einer tieferen Überlegung nicht stand. Wenn eine Wirtschaftsgemeinschaft noch nicht über eine gemeinsame Währung mit gemeinsamer Konjunktur-

politik, jedoch bereits über eine hundertprozentig erfolgreiche Harmonisierung der Konjunkturpolitiken verfügt, kann sie sich ohne große Gefahr das Vergnügen starrer Wechselkurse leisten. In diesem Falle wäre die Fixierung aber nicht nötig, da auch bewegliche Kurse innerhalb der Gemeinschaft weithin stabil wären. Wenn aber nicht einmal die Konjunkturpolitiken der an der Wirtschaftsgemeinschaft beteiligten Länder ausreichend harmonisiert sind, dann müssen zur Überwindung der aus diesem Mangel resultierenden Diskrepanzen Wechselkurs-Anpassungen vorgenommen werden, gerade um die Integration

aufrechtzuerhalten. Wer in diesem Stadium Integration will, muß flexible Wechselkurse wollen.

Unzutreffende Wechselkurse können den innergemeinschaftlichen Handel weit stärker verfälschen als die inzwischen abgebauten Zölle und bedürfen dringend der Korrektur, wenn die Integration real und nicht nur buchhalterisch-nominell gesichert und ausgebaut werden soll. Flexible Wechselkurse sind in der Tat geeignet, das Wesen der Gemeinschaft von Natur auf zu verändern — nämlich endlich in Richtung auf eine weit wirksamere Integration¹⁾.

Die Gefahr, daß statt eines gemeinsamen Marktes sechs getrennte Märkte weiterbestehen, ist bei flexiblen Wechselkursen in der Gemeinschaft nicht vorhanden. Bei starren Wechselkursen dagegen besteht sie um so mehr, je unterschiedlicher sich die Preisniveaus der Mitgliedsländer entwickeln und je

¹⁾ Wenn eingewandt wird, daß auch zwischen den Wirtschaftsräumen Hamburg und München eine Integration mit flexiblen Wechselkursen nicht denkbar sei, so ist zu erwidern: Sofern diese Räume noch nicht über die gleiche Währung verfügen, sondern sich erst in einem Vorstadium befinden, das durch eine noch unzureichende Bemühung um bloße Harmonisierung der Konjunktursteuerung gekennzeichnet ist, dann müssen gerade im Interesse der Integration die Wechselkurse beweglich sein. Sie müssen sich laufend anpassen können, um unterschiedliche Entwicklungen in den verschiedenen Räumen aufzufangen und daraus resultierende Störungen neutralisieren zu können.



**KATHODENKUPFER
KUPFERDRAHTBARREN
ZINKOXID TECHNISCH
DKH-FEINZINK
BLEI
KOBALT
NICKEL
KADMIUM
THALLIUM**

**GOLD
SILBER**

**TEMPER- UND SPEZIALROHEISEN
C-ARMES SONDEREISEN DKC
SPEZIAL-ROHEISEN (Mn.-Qual.)
STAHLEISEN
SPIEGELEISEN
P-ARMES EISENERZ
P-ARMES AGGLOMERAT
SCHLACKENSAND**

**NATRIUMSULFAT HOCHPROZENTIG
KUPFEROXYCHLORID FÜR PFLANZENSCHUTZ
THALLIUMSULFAT**



**DUISBURGER
KUPFERHÜTTE**

METALL-UND EISENHÜTTE

CHEMISCHE FABRIK

Dorniger Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion

Februar 1969

Die Europäische Kommission übermittelt dem Ministerrat ein Memorandum, das sich mit der Koordinierung der Wirtschaftspolitik und der monetären Zusammenarbeit innerhalb der EWG befaßt. Der sogenannte Barre-Plan schlägt die Durchführung von Vorkonsultationen dann vor, wenn ein EWG-Mitglied der Ansicht ist, daß die Entwicklung der Wirtschaft eines Landes zu einer erheblichen Abweichung von den gemeinsam festgelegten mittelfristigen Zielen zu führen droht. Weiterhin wird die Errichtung eines Mechanismus für kurzfristige monetäre Stützungssituationen empfohlen.

August 1969

Die Regierung Pompidou beschließt die Abwertung des Franc um 12,5%. Von europäischer Seite wurde beklagt, daß Konsultationen in diesem Fall nicht stattgefunden hatten.

September 1969

Die Regierung Kiesinger gibt die alte Parität der DM frei unter dem mächtigen Druck der Marktkräfte.

Oktober 1969

Die Kurssteigerung der DM wird durch die Entscheidung der Bundesregierung vom 8. Oktober, die Exportsteuer und Importvergütung auszusetzen, nochmals beflügelt. Am 27. Oktober beschließt die Regierung Brandt, die DM auch formal aufzuwerten. Die neue Parität wird auf 3,66 DM je Dollar festgelegt.

Dezember 1969

In Den Haag treten die Regierungschefs der EWG-Staaten zusammen, um die Konse-

quenzen, die sich aus der Abwertung des Franc und der Aufwertung der DM für die Gemeinschaft ergeben haben, zu erörtern. Die Teilnehmer der Gipfelkonferenz beschließen in Punkt 8 des Schlußkommunikés, daß „im Laufe des Jahres 1970 ein Stufenplan für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion ausgearbeitet wird“.

Oktober 1970

Die Werner-Gruppe, in der Vertreter der EWG-Mitgliedstaaten unter dem Vorsitz des luxemburgischen Ministerpräsidenten Pierre Werner im Auftrag der Haager Gipfelkonferenz Vorschläge der Wirtschafts- und Währungsunion ausarbeiten sollten, legt ihren Bericht vor. Nach dem Stufenplan soll bis 1980 die Wirtschafts- und Währungsunion verwirklicht sein. Hierzu sind drei Etappen der schrittweisen Heranführung an dieses Ziel festgesetzt.

Die erste Phase (1971–73) schreibt Konsultationen der EWG-Staaten über ihre Wirtschafts- und Konjunkturpolitik vor, die Koordinierung und Harmonisierung der Haushalts- und Steuerpolitik sowie die Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Eine Verringerung der Bandbreiten ist ebenfalls vorgesehen, doch enthält der Bericht hierüber keine Prozentsätze.

Über die beiden folgenden Etappen soll vom Ministerrat jeweils ad-hoc entschieden werden unter Berücksichtigung der erzielten Resultate und Fortschritte in der ersten Stufe.

Dezember 1970

Die Bemühungen um den inneren Ausbau der EWG zu

einer Wirtschafts- und Währungsunion scheitern an der Haltung Frankreichs. Die französische Delegation zeigt zu allen Aspekten einer Stärkung der Gemeinschaftsorgane und der Übertragung politischer Zugeständnisse auf die Gemeinschaft eine restriktive Haltung. Die Verhandlungen sollen Anfang nächsten Jahres fortgesetzt werden.

Februar 1971

Der EWG-Ministerrat beschließt am 9. Februar, im Laufe des Jahrzehnts die Wirtschafts- und Währungsunion zu verwirklichen. Die erste Stufe wird – in starker Anlehnung an den Werner-Plan – rückwirkend vom 1. Januar 1971 bis zum 31. Dezember 1973 festgelegt.

April 1971

Bei der EWG-Finanzministerkonferenz in Hamburg kann keine Einigung zwischen Frankreich und seinen Partnern über die Fragen der Verringerung der inngemeinschaftlichen Bandbreiten und der Außenflexibilität der EWG-Währungen gegenüber Drittländern erreicht werden.

Mai 1971

Die Bundesregierung beschließt im Alleingang am 4. und 5. Mai die Freigabe ihrer Wechselkurse. Ihr folgen die Niederlande. Damit wird die erste Stufe zur Wirtschafts- und Währungsunion vorübergehend außer Kraft gesetzt. Die EWG-Mitgliedstaaten bekräftigen jedoch am 9. Mai ihre Entschlossenheit, so bald wie möglich zu festen Wechselkursen zurückzukehren und die gegenwärtigen Paritäten beizubehalten. Ein genauer Zeitpunkt wird nicht genannt.

weniger dem durch Wechselkursanpassungen entgegengewirkt wird. Erst bei völlig gleicher Preisniveaumentwicklung und gleicher Konjunkturpolitik könnten auch unter starren Wechselkursen eine ungehinderte Integration, eine Freiheit von Zahlungsbilanz-Störungen und ein volles Zusammenschmelzen zu einem gemeinsamen Markt erreicht werden. Von diesem Ziel sind wir aber noch weit entfernt, und es hieße, das Pferd am Schwanz aufzäumen, wollte man erst die Wechselkurse festhalten und dann die Preisniveaus, statt umgekehrt.

Desintegrierende Preisniveaunterschiede ...

Flexible Wechselkurse sind nämlich ein ganz besonders elastisches Integrationsinstrument, das lediglich die Gefahren für den Geldwert abwehrt, in jeder sonstigen Hinsicht aber eine besonders offene und geschmeidige Verschmelzung herbeiführt. Sie sind auch deshalb besonders integrationsfreundlich, weil sie, statt — wie heute — umständlich eine Harmonisierung aller Einzelfaktoren herbeizuführen, den Durchschnitt aller für den Außenhandel wichtigen Umstände ausgleichen. Überdies wären flexible Wechselkurse schon zu Beginn der EWG empfehlenswert gewesen, um mit ihrer Hilfe zutreffende Währungsrelationen überhaupt erst einmal zu ermitteln. Fehler in dieser Hinsicht treten bei einem Zollabbau noch stärker hervor, so daß die Flexibilität im Interesse besserer Integration immer dringlicher wird.

Wenn sich also in einer Wirtschaftsgemeinschaft die Preis-

niveaus der Mitgliedsländer unterschiedlich entwickeln, dann ist gerade dies desintegrierend und nicht die nachfolgende Wechselkurskorrektur. Die Handelsbeziehungen werden durch Preisniveau-Diskrepanzen verzerrt und Zahlungsbilanz-Störungen hervorgerufen, und die realen Austauschverhältnisse zwischen den Ländern werden geändert. Wird dann zur Beseitigung solcher schweren Wettbewerbsverzerrungen der Wechselkurs entsprechend geändert — am besten in der besonders geschmeidigen Form der Flexibilität —, dann ist dies für die Integration nicht störend, sondern in ganz besonderem Maße förderlich, ja unentbehrlich. Die Wechselkursanpassung bringt die realen Austauschverhältnisse wieder auf den ursprünglichen Stand, und eine Flexibilität der Wechselkurse würde eine stärkere Abweichung vom ursprünglichen Stand gar nicht erst entstehen lassen. Werden auf diese Weise Ungleichgewichte und Verzerrungen immer wieder neutralisiert, so wird die Mobilität der Produktionsfaktoren innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft gefördert, während sie durch die Aufrechterhaltung falsch gewordener Wechselkurse erheblich gestört wird. Nicht eine Abweichung von falsch gewordenen festen Kursen, sondern ihre Beibehaltung bewirkt für die Gemeinschaft neue Wettbewerbsverzerrungen.

... auch im Agrarsektor

Daß die Freigabe des DM-Kurses keineswegs eine gemeinschaftsschädliche Politik darstellt, läßt sich auch an den Agrarfragen demonstrieren, also

dort, wo man es nach der heute vorherrschenden oberflächlichen Diskussion am wenigsten erwartet. Der Katzenjammer, der nach den verschiedenen Wechselkursänderungen herrscht, resultiert aus der verfehlten Agrarpolitik und nicht aus den Wechselkursänderungen. Im Unterschied zu den gewerblichen Produkten kommt es bei Agrarprodukten nicht zur Geltung, daß eine Wechselkursänderung das reale Austauschverhältnis nicht stört, sondern im Gegenteil gegen Störungen abschirmt, die auf Preisniveau-Änderungen in anderen Ländern beruhen. Denn die Relation der Agrarpreise ist in den verschiedenen EWG-Ländern in absoluten Beträgen fixiert. Wenn sich die Preisniveaus unterschiedlich entwickeln, die Agrarpreise aber in absoluten Ziffern starr bleiben, müssen Wechselkursänderungen statt zu neutralisieren zu Verzerrungen führen. Ein solcher partieller Preisstopp bei allgemein steigendem Preisniveau ist hier wie auch sonst unsinnig. Die jetzigen Probleme sind also nicht auf Wechselkursänderungen, sondern vielmehr auf die verfehlte Konstruktion der EWG-Agrarpolitik und auf die Preisniveau-Diskrepanzen zurückzuführen²⁾.

²⁾ Es ist nämlich auch völlig illusorisch, die Agrarpreise isoliert vom sonstigen einheimischen Preisgefüge zu sehen. Hier müssen sich bei allgemeiner Preisniveau-Steigerung nach einiger Zeit unhaltbare Spannungen ergeben — z. B. gegenüber den Löhnen und den Betriebsmitteln, aber auch im Verhältnis zur steigenden Gesamtnachfrage. Diese Spannungen erzwingen über kurz oder lang ein Nachziehen der Agrarpreise, verändern die absolute Preisfixierung demnach eines Tages ohnehin, mit oder ohne Wechselkursänderung. Auch dies würde die EWG-Agrarpolitik stören. Dieser Tatbestand trat bisher deshalb nicht in Erscheinung, weil Wechselkursänderungen vorgenommen wurden, auf die man bequem die Schuld für die Verzerrungen abschieben konnte.

VEREINSBANK IN HAMBURG

Zentrale: Hamburg 11 · Alter Wall 20-30 · Telefon 36 10 61

ÜBER 60 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Ohne vorherige Schaffung einer einheitlichen Europa-Währung — und sie kann in der Tat erst ganz am Schluß kommen —, ist daher eine EWG-Agrarpolitik nur dann realistisch, wenn statt absoluter Beträge lediglich der relative Platz der Agrarpreise im Preisgefüge der einzelnen Länder fixiert wird. Darauf wäre dann die Relation der Agrarpreise zu denjenigen in den anderen Ländern zu gründen und bei Preisniveau-Diskrepanzen laufend durch Wechselkurs-Anpassungen beizubehalten³⁾.

Fixierung nicht der absoluten Höhe, sondern des relativen Platzes im Preisgefüge bedeutet, daß die Agrarpreise mit dem allgemeinen Preisniveau mit steigen. Die Relation zwischen den Agrarpreisen anderer EWG-Länder, also das Geflecht der Preisrelationen im EWG-Agrarmarkt, wird dann durch Wechselkurskorrekturen aufrechterhalten. Am promptesten, sichersten und wenigsten merklich geschieht dies durch Flexibilität der Wechselkurse. Je rascher die Wechselkursanpassung, um so weniger wird die Agrarpolitik beeinflusst. Wechselkursänderung und Agrarpolitik stehen dann nicht mehr im Gegensatz zueinander und können einander nicht mehr gefährden bzw. blockieren. Mehr Flexibilität bedeutet also ein Mehr an Stetigkeit auf den Agrarmärkten.

Durch Grünen Dollar nur Scheinstabilität

Die These, daß der gemeinsame Agrarmarkt nur mit festen Kursen funktionieren könne, ist einfach eine Selbsttäuschung. Das gilt nur für die bisherige Konstruktion des Agrarmarktes, und auch nur in sehr kurzfristiger und kurzfristiger Betrachtung. Das hier vorgeschlagene Verfahren dagegen beinhaltet einen immanenten Systemzwang zur Wechselkursanpassung auf-

grund der Interessen der Agrarpolitik.

Die bisherige Rechnungseinheit der europäischen Agrarpreise auf Dollarbasis schafft dagegen nur eine Scheinstabilität. Sie ist — wie ein fester Wechselkurs — unrealistisch, wenn die Voraussetzungen nicht mehr stimmen. Sobald die einzelnen nationalen Gesamtpreisniveaus sich divergierend entwickeln und die Agrarpreise über kurz oder lang dabei mitziehen, ist es gerade in bezug auf die reale Konstanz der Daten in der EWG-Agrarordnung unerläßlich, die Wechselkurse immer wieder anzupassen. Die EWG-Agrarregelung so zu ändern, daß Wechselkursberichtigungen nicht behindert werden, heißt keineswegs die landwirtschaftlichen Preise senken, sondern nur die Verrechnungsmethode auf eine andere Basis stellen. Dabei würden im Falle eines Ungleichgewichts die Wechselkursänderungen gerade einer Beibehaltung der real gleichen Austauschverhältnisse zwischen den Landwirtschaften der EWG-Länder dienen.

Echter Schritt in Richtung Währungsunion

Gänzlich unerträglich ist es aber auf jeden Fall, die verschiedenen Wechselkursberichtigungen zur Ursache der anschließend aufgetretenen Agrarstörungen zurechtzufalschen. Ebenso unerträglich ist die Meinung, daß mit der Freigabe des DM-Kurses die Wirtschafts- und Währungsunion gefährdet wäre. In Wahrheit ist gerade Flexibilität — und auch eine nur par-

tielle — ein besonders geschmeidiges Integrationsinstrument. Von einer Union kann in besonderem Maße die Rede sein, wenn die Währungen der EWG-Länder freipendeln, da sie in diesem Falle besonders wirksam die unterschiedlichen Situationen widerspiegeln und ausgleichen sowie zusätzlich die währungspolitischen Störungen neutralisieren.

Die Währungsunion ist jedenfalls durch die Flexibilität der Wechselkurse zu einem wesentlichen Teil konkret und handfest bereits begonnen worden. Ein Projekt, das mit einer Bandbreiten-Verengung beginnen wollte, wird ohnehin nicht zu einer realistischen Wirtschafts- und Währungsunion führen. Mit der geschmeidigen Integration, die die Flexibilität ermöglicht, hat die Bundesrepublik vielmehr in weit höherem Maße ein Faktum zugunsten einer Währungsunion geschaffen.

Durch den deutschen Schritt und insbesondere durch die längerfristige Beibehaltung der Flexibilität wird die europäische Wirtschafts- und Währungsunion nicht auf den St. Nimmerleinstag verschoben, sondern ganz im Gegenteil besonders nachdrücklich eingeleitet. Nur wer wie ein primitiver Buchhalter lediglich nominell Vorgänge betrachtet, aber nicht die realen Vorgänge prüft, kann in der Bandbreitenverengung eine integrationsfördernde und in der Flexibilität eine integrationsfeindliche Maßnahme sehen. Denn der letzte Schritt in Richtung einer europäischen Währungsunion, die diesen Namen wirklich verdient, kann sich nur aus echten und nicht aus falsch fixierten Wechselkursen entwickeln. Aber auch eine partielle EWG-Flexibilität, wie sie diesmal in Brüssel nur erreicht werden konnte, ist bereits ein wertvoller Schritt zu einer realistischen und wirk-samen Wirtschafts- und Währungsunion.

³⁾ Es gibt keinen innenpolitischen Vorwand, die Anpassung von Agrarpreisen an ein gestiegenes Preisniveau zu unterlassen. Diese Unterlassung führt auch nicht zu einer Entlastung der Konsumenten, sondern nur zu um so höheren Preisen an anderer Stelle. Wenn die Anpassung unlogischerweise dennoch in einem der beteiligten Länder unterbleibt, besteht jedenfalls für die anderen Länder der Gemeinschaft kein Anlaß, von einer zur Neutralisierung der Preisniveau-Diskrepanzen nötigen Wechselkurskorrektur abzusehen.

Flexible Kurse sind kein Allheilmittel

Sechs Fragen an Raymond Barre, Brüssel

Gefährden flexible Wechselkurse auf die Dauer die geplante Wirtschafts- und Währungsunion?

Die Antwort auf diese Frage wird unterschiedlich ausfallen, je nachdem, ob man ein autonomes Schwanken der Wechselkurse jeder Währung der Gemeinschaft vorsieht, oder ob man ein gemeinsames Schwanken nach außen anstrebt, wobei die Währungen innerhalb der Gemeinschaft eine durch feste Paritäten verbundene Einheit bilden.

Im ersten Falle befänden wir uns genau im Gegensatz zu dem, was für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion und sogar ganz einfach für das reibungslose Funktionieren eines gemeinsamen Marktes unerlässlich ist. Damit die Politik unserer Regierungen, die Strategie unserer Wirtschaftssubjekte und die Verhaltensweisen unserer Völker die Existenz der europäischen Gemeinschaft als eine entscheidende Gegebenheit ansehen, muß die Gemeinschaft vor allem dafür sorgen, daß ihr der entscheidende Faktor für die Sicherheit der Transaktionen, nämlich ein gemeinsamer Wertmaßstab, zur Verfügung steht.

Spekulationsgefahr sehr groß

Ferner wäre die Gemeinschaft, wenn ihre Währungen isoliert schwanken würden, den Risiken rotierender Spekulationen ausgesetzt, die durch das riesige Reservoir der verfügbaren internationalen Liquidität gespeist würden. Es bestünde die Gefahr, daß die Schwankungen der Wechselkurse unserer Währungen dann weitgehend unab-

hängig von den Grundelementen der Situation unserer Volkswirtschaften erfolgen würden. So werden an den Börsen bestimmte Werte vom Markt wesentlich höher oder niedriger eingeschätzt, als es die tatsächliche Lage des in Frage stehenden Unternehmens rechtfertigen würde.

Darüber hinaus würde die Unsicherheit über die mögliche Entwicklung der Schwankungen der Kurse unserer Währungen dazu führen, daß bei den Transaktionen zwischen den Ländern der Gemeinschaft die Verwendung ihrer Währungen zugunsten anderer Währungen — vor allem des Dollar —, deren Stabilität gesichert erscheint, zurückgeht. Im übrigen ist dies seit der Freigabe des Kurses von Gulden und DM bereits festzustellen.

Außerdem könnte man schließlich kaum noch auf Fortschritte auf dem Wege zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik innerhalb der Gemeinschaft hoffen, wenn die Möglichkeit zur Freigabe der Wechselkurse für jeden Mitgliedstaat eine Versuchung zum autonomen Vorgehen bilden würde?

In der Tat. Aus diesen Gründen hat der Ministerrat der Gemeinschaft für die innergemeinschaftlichen Währungsbeziehungen flexible Mechanismen — schwankende Wechselkurse, erweiterte Bandbreiten oder gleitende Paritäten — abgelehnt, ohne jedoch eine Änderung der Paritäten auszuschließen, falls sich diese als notwendig erweist.

Was ist nun von einem gemeinsamen Schwanken nach

außen aller Wechselkurse der Gemeinschaftswährungen zu halten?

Folgen schwankender Wechselkurse

Das internationale Währungssystem ist sowohl durch das ständige Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten als auch durch die gewaltige Zunahme der Liquiditäten und durch das Privileg der USA verfälscht, ihre Defizite durch eine an keinerlei Bedingungen geknüpfte, unbeschränkte Ansammlung von Dollarguthaben bei den Zentralbanken der Drittländer zu finanzieren. Man kann deshalb versucht sein, flexible Wechselkurse einzusetzen, um sich vor den Gefahren einer importierten Inflation zu schützen. Diese Lösung erscheint um so bestechender, als sie dazu beitragen würde, die Entwicklung zur Wirtschafts- und Währungsunion zu beschleunigen, da man, um die Kurse unserer Währungen gemeinsam schwanken zu lassen, gemeinsame Interventionsmechanismen auf dem Devisenmarkt einführen müßte und da die auf diese Weise geschaffene währungspolitische Solidarität zwangsläufig eine Solidarität in anderen Bereichen, vor allem bei der Verminderung der konjunkturellen und strukturellen Unterschiede zwischen den Wirtschaften der Mitgliedstaaten, zur Folge hätte.

Manche meinen sogar, ein gemeinsames Schwanken der Kurse der EWG-Währungen könne die Spekulanten abschrecken, da es dann auf dem Devisenmarkt nur noch eine be-

grenzte Anzahl von Währungen (oder Gruppen eng miteinander verbundener Währungen) geben würde, die große Wirtschaftsräume repräsentieren. Ein solches Ergebnis scheint jedoch weniger wahrscheinlich zu sein, als man zunächst annehmen könnte. Das amerikanische Defizit wird nämlich zu einem großen Teil durch Ausgaben verursacht, die nicht mit dem Handel zusammenhängen und von Änderungen der Wechselkurse kaum beeinflusst werden. Ein ständiger Druck könnte daher unabhängig vom Stand der grundlegenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern einerseits und den Vereinigten Staaten und den übrigen Drittländern andererseits eine regelmäßige Verteuerung der Gemeinschaftswährungen auslösen. Wollten die europäischen Länder diese Verteuerung ihrer Währungen einschränken, um einen Rückgang ihrer

Ausfuhr zu vermeiden, so müßten sie durch Dollarkäufe auf dem Devisenmarkt intervenieren.

Und was halten Sie von einer Bandbreitenerweiterung gegenüber Drittländern?

In einer internationalen Währungssituation, die durch das chronische Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten sowie durch das Vorhandensein bedeutender Kapitalmengen, die schnell von einem Land zum anderen fließen können, gekennzeichnet ist, erscheint es besser, feste Paritäten als einen wesentlichen Bestandteil der internationalen Wirtschafts- und Währungsordnung beizubehalten und sie dadurch zu schützen, daß man Maßnahmen zur Verhütung bzw. Begrenzung der Auswirkungen des Kapitalzuflusses auf die interne Liquidität mit einer gewissen Erweiterung der Band-

breiten gegenüber den Drittländern kombiniert. Diese Erweiterung müßte jedoch begrenzt bleiben, um den Warenverkehr nicht zu beeinträchtigen und um die Spekulation nicht anzureizen, statt sie zu bremsen.

Strukturelle Inflationsfaktoren

Muß nach Ihrer Ansicht die BRD zur alten Parität zurückkehren, oder hätte die Kommission Verständnis für eine Aufwertung der DM?

Wichtig ist vor allem, daß die DM zu einer festen Parität zurückkehrt. Über diese Parität hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu beschließen, und zwar unter Berücksichtigung der dann bestehenden Situation, ihrer wirtschaftspolitischen Ziele sowie nach den innerhalb der Gemeinschaft üblichen Konsultationen. Die Kommission ihrerseits wird stets bestrebt sein,

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA - INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG - HAMBURG

PROBLEME DER EINFÜHRUNG DES CONTAINERVERKEHRS

von Klaus Beplat

Der Container revolutioniert das traditionelle Transportwesen. im Brennpunkt dieser Studie steht eine Analyse der Probleme, die sich aus der Einführung des Containerverkehrs für die Unternehmen ergeben. Das hoch spezialisierte Angebot an Container-Kapazitäten, die sich entweder in der Entwicklung befinden oder bereits eingesetzt sind, wird versuchen, unter allen Umständen die Nachfrage an sich zu ziehen, die für ihren Einsatz nötig ist. Die Wichtigkeit der Containerisation für einen bestimmten Sektor des Transport- und Verkehrswesens darf daher mit den strukturellen Veränderungen verglichen werden, die die Industrialisierung mit sich brachte.

Oktav, 204 Seiten, 1970, brosch. DM 34,—

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

die Regierung der Bundesrepublik in Übereinstimmung mit den Regeln und dem Geist der Gemeinschaft zu unterstützen.

Muß die BRD in Zukunft ihre im Vergleich zu den Partnerländern strengen Stabilitätsvorstellungen revidieren?

Da die Inflation zweifellos die schlimmste Gefahr für unsere Volkswirtschaften darstellt, war und ist es unser Wunsch, daß alle Länder der Gemeinschaft

dem Stabilitätsziel die gleiche Bedeutung beimessen wie die Bundesrepublik Deutschland. Die Bedingungen für die Stabilität sind jedoch in den einzelnen EWG-Staaten verschieden. So sind in einigen dieser Länder strukturelle Inflationsfaktoren vorhanden. Eine Wachstums- und Stabilitätspolitik der Gemeinschaft darf daher nicht nur auf geeigneten Maßnahmen der Globalpolitiken beruhen, sondern muß sich auch auf

nationale und gemeinschaftliche Strukturmaßnahmen stützen.

Ferner darf man nicht übersehen, daß die Inflation heute in allen Ländern durch eine Einkommensentwicklung in Schwung gehalten wird, die sich nicht mit der Erhaltung der grundlegenden Wirtschaftsgleichgewichte vereinbaren läßt, so daß die Rückkehr zur Stabilität vor allem davon abhängt, daß alle Sozialpartner maßhalten und Sinn für Verantwortung beweisen.

Floating kann die Währungsunion stärken

Hans-Eckart Scharrer und Sabine Harmsen, Hamburg

Nur drei Monate liegen zwischen dem 9. Februar 1971, dem Starttag der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, und dem 9. Mai 1971, als der EG-Ministerrat zur Lösung der internationalen Währungskrise der temporären Freigabe der Wechselkurse bestimmter Mitgliedstaatenwährungen zustimmte. Da nach der Schließung der Devisenmärkte der Bundesrepublik, der Beneluxländer und der Schweiz und Österreichs am 5. Mai der Konsultationsmechanismus korrekt abgewickelt wurde, wie er in der Entschließung vom 9. Februar vorgesehen ist, hat zumindest im prozeduralen Sinne die geplante Wirtschafts- und Währungsunion ihre erste schwere Belastungsprobe überstanden. Ob sich diese erfreuliche Feststellung aber auch auf das konkrete Ergebnis dieser Konsultationen übertragen läßt, ist jedoch zu bezweifeln.

Denn in ihrer Resolution vom 9. Mai 1971 stellten die sechs Regierungen ihre Entschlossen-

heit fest, ihre Währungsparitäten beizubehalten, da die gegenwärtige Situation und die voraussichtliche Entwicklung der Zahlungsbilanzen eine Änderung nicht rechtfertigen würden.

Mühsamer Kompromiß der Sechs

Die Entschließung gibt der BRD und den Niederlanden also nur für eine begrenzte Zeit die Ermächtigung, die Bandbreiten angesichts der übermäßigen Kapitalzuflüsse aus dem Ausland zu erweitern. Dem steht jedoch gleichzeitig die klare Feststellung gegenüber, daß „unter normalen Umständen ein System flexibler Wechselkurse innerhalb der Gemeinschaft mit ihrem guten Funktionieren unvereinbar ist“. Besonders dieser letzte Satz macht deutlich, daß die als gemeinschaftliche Resolution beschriebene Entschließung nur ein mühsam ausgehandelter Kompromiß ist, der ein Auseinanderbrechen der Gemeinschaft verhindern sollte.

Formal ist zwar das Prinzip der festen Wechselkurse in der EWG gewahrt worden, da die Aufhebung der Interventionspflicht der Notenbanken zweier Länder unter Beibehaltung der alten Paritäten erfolgte und die Floating-Periode von allen Ländern als vorübergehend betrachtet wird. Faktisch jedoch konnten sich die sechs Mitgliedsländer der EWG auf kein gemeinsames währungspolitisches Konzept zur Lösung der Währungskrise einigen. Angesichts der nach wie vor bestehenden Währungsautonomie der Mitgliedstaaten waren der BRD letzten Endes von seiten der Gemeinschaft nicht die Maßnahmen zu versagen, die sie währungspolitisch zur Stabilisierung für angebracht hielt. Um mit Raymond Barre, dem Vizepräsidenten der EWG-Kommission zu sprechen, „(hat) die Konzertierung jedoch nicht zu einer Gemeinschaftsaktion geführt, sondern dazu, daß in einem Gemeinschaftsrahmen einseitige

Maßnahmen zur Kenntnis genommen und deren Auswirkungen auf die Gemeinschaft begrenzt wurden¹⁾“.

Brüsseler Alternativen

Mehrere Modelle lagen in Brüssel auf dem Tisch, die eine gemeinschaftliche Lösung der Währungsfrage ermöglichen sollten:

- Eine simultane Aufwertung aller EWG-Währungen, um die Spekulation zu entmutigen;
- eine zeitlich und im Umfang begrenzte konzertierte Freigabe der Wechselkurse aller Gemeinschaftswährungen im Verhältnis zum Dollar unter Aufrechterhaltung oder Verringerung der gegenwärtigen Bandbreiten zwischen den EWG-Währungen;
- eine geringe Erweiterung der Bandbreiten der einzelnen EWG-Währungen;
- gemeinschaftliche Devisenkontrollmaßnahmen zur Abwehr der spekulativen Kapitalzuflüsse unter Aufrechterhaltung der bestehenden Paritäten.

Die zutage getretenen Differenzen, die teilweise auf voneinander abweichende Wirtschaftsdoktrinen, auf technische Schwierigkeiten und auf unterschiedliche Interessenlagen in den einzelnen Ländern zurückzuführen sind, verhinderten aber eine gemeinsame Lösung²⁾.

Deutsch-französischer Gegensatz

Letztlich scheiterte eine Einigung jedoch an den deutsch-französischen Gegensätzen. In Brüssel prallten zwei Theorien zur Überwindung der Währungsfrage aufeinander: die liberale der Bundesrepublik und die

¹⁾ Vgl. die Ausführungen von Raymond Barre in der Sitzung des Europäischen Parlaments am 18. Mai 1971. In: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Verordnungen, Nr. 039, Mai 1971, S. 35.

²⁾ Vgl. die Ausführungen Barres in der Sitzung des Europäischen Parlaments am 18. Mai 1971, a. a. O., S. 35.

dirigistische Frankreichs. Die dirigistische Methode der vorübergehenden Devisenkontrolle zur Abwehr der Dollarflut hätte nach französischer Ansicht – und nach Ansicht der Kommission – die Solidarität der Sechs sowie die feste Parität der EWG-Währungen und eine einheitliche Haltung gegenüber dem Dollar ermöglicht. Nach der liberalen Haltung Bonn war eine vorübergehende Freigabe der Wechselkurse das geeignetere Mittel, um einem temporären Zahlungsbilanzungleichgewicht aufgrund heftiger kurzfristiger internationaler Kapitalbewegungen entgegenzutreten. Zwar wurde zugegeben, daß diese Lösung alles andere als ideal sei, besonders dann, wenn man die Auswirkungen auf das EWG-Agrarsystem und die beabsichtigte Verringerung der Bandbreiten innerhalb der EWG bedenkt. Entscheidend für die Kritik an der Haltung der Bundesrepublik in Brüssel war jedoch die Auffassung der Partnerländer, daß die deutsche Delegation von vornherein mit dem festen Willen nach Brüssel kam, unter allen Umständen die vorgefaßte Meinung durchzusetzen – auch wenn andere Delegationen bisher ebenso häufig den gleichen Mangel an Gemeinschaftsgeist bewiesen haben.

Labiler EWG-Agrarmarkt

Hinsichtlich der negativen Auswirkungen der Freigabe der Wechselkurse der DM und des Guldens für den gemeinsamen Agrarmarkt gelang es den EWG-Agrarministern am 11./12. Mai 1971 zwar, sich über ein System von Ausgleichsabgaben zugunsten der BRD und der Niederlande zu einigen und damit die Fiktion eines Gemeinsamen Marktes und einer gemeinsamen Rechnungseinheit aufrechtzuerhalten. Als unmittelbare Folge dieser Grenzausgleichsmaßnahmen ist jedoch der Agrarmarkt

nun in vier Teile gespalten: in einen deutschen, einen niederländischen, einen französischen Markt³⁾ und in einen „restlichen“ gemeinsamen Agrarmarkt mit den Ländern Italien, Belgien und Luxemburg. Mit anderen Worten: Nur noch drei der sechs Mitgliedstaaten unterliegen den „normalen“ Regeln dieses wichtigen Teilmarktes. Und es ist fraglich, ob dieses Provisorium ein längeres Floating einiger Mitgliedswährungen überleben kann. Denn der Agrarmarkt ist und bleibt von seiner Konstruktion her ein äußerst empfindlicher Organismus, und seine Basis sind feste Paritäten.

Kalkuliertes Floating als Lösung?

Welche Wirkungen der Entschluß zur Freigabe der Wechselkurse der DM und des Guldens auf den weiteren Fortgang der wirtschaftlichen und monetären Integration in der EWG haben wird, ist noch nicht abzusehen. Ein erster praktischer Schritt in Richtung europäische Wirtschafts- und Währungsunion sollte am 15. Juni 1971 mit der versuchsweisen Verringerung der Bandbreiten der EWG-Währungen untereinander von bisher 0,75 auf 0,60 % getan werden. Durch die Entschließung vom 9. Mai 1971 ist aber jeglicher Fortschritt in Hinblick auf eine engere monetäre Zusammenarbeit zumindest so lange blockiert, wie die DM und der Gulden floaten⁴⁾. Dem steht als

³⁾ Die nach der Franc-Abwertung von 1969 notwendig gewordene Rückgliederung Frankreichs in den gemeinsamen Agrarmarkt soll erst im Laufe dieses Jahres endgültig abgeschlossen werden.

⁴⁾ Der niederländische Abgeordnete Oele charakterisierte die augenblickliche Lage auf der Sitzung vom 18. Mai im Europäischen Parlament folgendermaßen: „Die gegenwärtige Situation läuft darauf hinaus, daß die Wirtschafts- und Währungsunion auf Eis gelegt ist, daß der Agrarmarkt auf der Beobachtungsstation liegt und notfalls mit Spritzen auf den Beinen gehalten wird und daß die Gemeinschaft, die bis vor kurzem so verheißungsvoll gedieh, zu einem Versuchsfeld für zahlreiche interessante und weltreichende Ideen geworden ist, die besonders nett vorbereitet, aber nicht, oder sehr unbeholfen, durchgeführt werden.“ Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, a. a. O., S. 38.

positive Seite dieser Entwicklung gegenüber, daß die Diskussion über die künftige Rolle der EWG im internationalen Währungssystem in jüngster Zeit wesentlich realistischer geworden ist. Von besonderem Interesse erscheint dabei die sich abzeichnende Möglichkeit der Einführung einer begrenzten Wechselkursflexibilität der EWG-Währungen gegenüber dem Dollar.

Die Formel heißt jetzt kalkuliertes Floating und beinhaltet eine Bandbreitenerweiterung der EWG-Währungen gegenüber dem Dollar auf 2 bis 3% beiderseits der Parität — gegenüber bisher maximal 1% nach den Statuten

des IWF. Eine solche Änderung der Währungsordnung der EWG soll eingebettet werden in eine Reform der Bandbreiten des internationalen Währungssystems. Ein weiterer Aspekt der sich abzeichnenden Lösung ist die schrittweise Verringerung der Bandbreiten der EWG-Währungen untereinander, nachdem die DM und der holländische Gulden formal aufgewertet worden sind. Dieses währungspolitische Aktionsprogramm, das vermutlich frühestens im nächsten Jahr wirksam werden könnte, würde die Währungen der Sechs immer mehr zusammenwachsen lassen und zur Folge haben, daß die EWG als geschlossener

Block gegenüber dem Dollar innerhalb einer Marge von 4 bis 6% floaten könnte. Ließe sich dieses Programm tatsächlich verwirklichen, so würde die ursprünglich als gemeinschaftsschädlich charakterisierte Freigabe des DM-Kurses im Gegenteil den Weg in eine europäische Währungsunion ganz wesentlich beschleunigt haben. Fraglich bleibt jedoch noch immer, ob der politische Wille der EWG-Staaten zur Währungsunion plötzlich so dominierend geworden ist, daß diese Staaten die Kraft finden, sich aus der dogmatischen Ecke nationaler Prioritäten pragmatisch herauszu-manövrieren.

Ein Alleingang der BRD könnte nicht akzeptiert werden

Drei Fragen an Harald Jürgensen, Hamburg

Gefährden flexible Wechselkurse auf die Dauer die Wirtschafts- und Währungsunion?

Meiner Ansicht nach wäre ein Alleingang der Bundesrepublik — d. h. die Herstellung flexibler Wechselkurse auf Dauer — im Rahmen einer Wirtschaftsgemeinschaft eine Lösung, die von keinem der Partnerländer akzeptiert werden könnte, wenn die Vereinbarungen vom Februar im Hinblick auf eine Wirtschafts- und Währungsunion wirklich ernst gemeint sind. Die Bundesrepublik wird deshalb bestenfalls für eine Übergangszeit das Einverständnis ihrer Partnerländer erhalten, mit Hilfe eines flexiblen Wechselkurses die Möglichkeiten zur Bekämpfung der „hausgemachten“ Inflation zu verstärken.

Im übrigen ist es möglich, daß es später gelingt, den französi-

schen Widerstand gegen eine Bandbreitenerweiterung der gesamten EWG nach außen und einen Abbau der Wechselkursdifferenzen im Inneren zu beseitigen, so daß wir die EWG nach einer Übergangszeit in bezug auf ihre Währungs- und Wirtschaftspolitik nach außen mit einer größeren Bandbreite absichern könnten und nach innen jede Änderung im Umtauschverhältnis ausgeschlossen würde.

Muß die Bundesregierung zur alten Parität zurückkehren?

Ich glaube, dieses Versprechen ist damals in einer Form gegeben worden, die die Bundesrepublik aufgrund der inzwischen eingetretenen Veränderungen nicht mehr verpflichten würde, die alte Parität von 3,66 DM zum Dollar wiederaufzugreifen. Es fragt sich natürlich, ob es politisch

sinnvoll ist, sich von der alten Parität zu entfernen, und welche wirtschaftspolitischen Nachteile hingenommen werden müssen, wenn man sich entschließen sollte, zur alten Parität zurückzukehren.

Die erste Entwicklung nach der Freigabe der Kurse hat eigentlich recht deutlich gemacht, daß eine Überbewertung der DM in dem angenommenen Ausmaß nicht bestand. Die Kursentwicklung um 3,50 DM zeigt eine Abwertung des Dollars von im Durchschnitt knapp 4%. Und dieser geringe Aufwertungseffekt der DM ist zum Teil noch darauf zurückzuführen, daß die Bundesbank den Markt gezielt beeinflusst. Man kann das Ziel, durch eine Freigabe einen neuen Kurs am Markt zu ertasten, aber wohl kaum erreichen, wenn man eben diese Kursbildung nicht den

Marktkräften überläßt, sondern die Intervention eines Partners erlaubt, der über genügend Bestände verfügt, um – wenn er will – innerhalb vernünftiger Grenzen jeden Kurs durchzusetzen. Die Argumentation der Bundesregierung, nur bei Kursfreigabe könnte sich der „richtige“ Wechselkurs einstellen, läßt sich daher durchaus anzweifeln. Die Bundesregierung beabsichtigt aber offenbar, mehr zu tun. Sie möchte bereits heute künftige Divergenzen der Preisentwicklung zwischen der BRD und dem Ausland durch einen Aufwertungssatz vorwegnehmen, der erst einer späteren Differenz entspricht.

Die Bundesregierung braucht nicht unbedingt zur alten Parität zurückzukehren, und sie wird es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch nicht tun. Das scheint auch die Meinung der deutschen Wirtschaft zu sein. Ich darf hier nur auf die Chemie-Gespräche verweisen. Sie wären anders geführt worden, wenn die Chemie-Industrie, die Arbeitgeber also, gewußt hätten, daß im Laufe des Juli oder August die Rückkehr zur alten Dollar-Parität sicher sein würde. Ich bin überzeugt, daß der Widerstand gegen die Lohnforderungen dann bei wei-

tem nicht so stark gewesen wäre.

Muß die Bundesregierung in Zukunft ihre im Vergleich zu den Partnerländern strengen Stabilitätsvorstellungen revidieren?

Hier muß man zunächst fragen, sind diese Vorstellungen wirklich so viel strenger, und sind sie absolut streng? Da wäre vielleicht noch etwas in den Begriffen zu definieren. Außerdem müssen wir unterscheiden zwischen den Vorstellungen und dem tatsächlich Erreichten. Ich will nicht bestreiten, daß die Bundesregierung Stabilitätsvorstellungen hat und hatte, aber ich würde glattweg leugnen, daß sie – jedenfalls im Augenblick oder in den letzten zwei Jahren – strenger gewesen sind als in ihren Partnerländern. Wenn sie je strenger gewesen sind, dann hat die Regierung zumindest vieles unterlassen, um diese strengen Stabilitätsvorstellungen auch durchzusetzen. Wir sollten immer scharf unterscheiden zwischen den Stabilitätsvorstellungen, die wir haben, und der tatsächlichen Instabilität. In Anbetracht der Preisentwicklung in den einzelnen EWG-Staaten würde ich meinen, daß die Unterschiede vor allem in

den letzten zwei Jahren nicht mehr so groß sind, wie das früher der Fall gewesen ist.

Die Frage ist heute, welche Chance die Bundesregierung hat, wieder zu den alten geringen Raten des Preisniveaustiegs zurückzukehren. Ich glaube, daß eine derartige Chance bei entsprechender Einflußnahme auf die Wirtschaftspolitik durchaus besteht. Ich könnte mir sogar vorstellen, daß eine Wahrscheinlichkeit für die Mitwirkung anderer Länder bei einer derartigen Politik größer geworden ist. Das Stabilitätsbewußtsein ist in den letzten Jahren auch in unseren Nachbarländern gewachsen. Der Glaube, daß durch eine gewisse Weichheit gegenüber der Stabilität Wachstumsvorteile zu realisieren sind, die sonst unausgenutzt bleiben, ist wohl etwas stärker in den Hintergrund getreten. Immer mehr überwiegt die Meinung, daß auf die Dauer das Wachstum durch Instabilität nicht gefördert werden kann. Die Bundesregierung hat deshalb gute Chancen, sowohl in Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerländern als auch durch eine stärkere Beeinflussung der binnenwirtschaftlich wirksamen Faktoren auf eine geringere Inflationsrate hinzuwirken.

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des
HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg über
die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

Jahresbezugspreis DM 90,- für das erste,
DM 25,- für jedes weitere Exemplar

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

Man muß Wachstum und Stabilität gleichzeitig anstreben

Interview mit Pierre Werner, Luxemburg

Herr Staatsminister, die Bundesrepublik hat ihre Wechselkurse freigegeben. Sind Sie der Meinung, daß die Freigabe der Wechselkurse die Wirtschafts- und Währungsunion gefährdet?

Ich glaube, auch in Deutschland ist man sich bewußt, daß der gegenwärtige Zustand nicht zu lange andauern darf, wenn der Wirtschafts- und Währungsunion nicht wirklich Schaden zugefügt werden soll. Denn es ist schon so: Will man eine Wirtschafts- und Währungsunion, muß man auch die Fixierung der Paritäten in Kauf nehmen. Ein anderes System würde auf die Dauer einfach nicht funktionieren. Dessen bin ich fest überzeugt.

Das schließt nicht aus, daß in der Übergangsphase noch Wechselkursänderungen stattfinden können. Im Verfolg der Abstimmung der Strukturen z. B. kann dies gegebenenfalls in gewissen Stadien notwendig werden. Im Endzustand ist es natürlich nicht mehr möglich. Wechselkursänderungen sollten aber, erstens, auf keinen Fall zu häufig vorkommen. Und zweitens sollten sie der Notwendigkeit Rechnung tragen, daß sich jeder Mitgliedsstaat den allgemein gültigen Normen in der Gemeinschaft anpassen muß. D. h. die Länder müssen sich näherkommen, und eventuell bestehende Unterschiede in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung müssen allmählich ausgemerzt werden. Es darf also nicht wieder zu Ab- und Aufwertungen kommen, die einen rein nationalen, egoistischen Charakter haben.

Nur wenn die Anpassungen der Wechselkurse — die doch vielleicht bis zum Endzustand notwendig werden — im Sinne einer Annäherung der Strukturen und der Verwirklichung der Wirtschaftsunion vorgenommen werden, kann man sie hinnehmen. Täglich wechselnde Kurse sind jedoch auf die Dauer nicht tragbar ...

Unterschiedliche Stabilitätsauffassungen

... und gefährden den weiteren Aufbau der Wirtschafts- und Währungsunion?

... Ja! Auf der anderen Seite — und das ist das eigentlich Erfreuliche an der gegenwärtigen Entwicklung — ist es so, daß zur Zeit keiner der Partner in der EWG in Frage stellt, ob wir mit dem Aufbau der Wirtschafts- und Währungsunion weiterfahren sollen. Nach dem 9. Mai hatte zwar in der ersten Phase der Währungskrise eine gewisse Unsicherheit die Regierungen, die Experten und auch die Presse ergriffen. Aber nachher hat fast jedermann eingesehen, daß gerade jetzt und gerade wegen der entstandenen Unsicherheit wir bewußt auf diesem Weg weiterarbeiten und vorankommen müssen.

Heute stehen sich noch zwei Auffassungen gegenüber. Auf der einen Seite wird die größtmögliche Stabilität der Preise und Löhne angestrebt, indem man diesem Ziel gegebenenfalls die Stabilität der Währung opfert. Auf der anderen Seite wird jedoch der Standpunkt ver-

treten, daß es einen festen Pol geben müßte — nämlich die Währung —, nach dem sich die anderen Wirtschaftsfaktoren zu richten haben. Diese zwei Auffassungen stehen sich im Augenblick noch gegenüber. Ich glaube aber, in den letzten Gesprächen festgestellt zu haben, daß sich bei den Partnern ein größeres Verständnis für den gegenseitigen Standpunkt anbahnt. Wir müssen diesen Punkt überwinden.

Entlastung des Dollar notwendig

Muß die Bundesrepublik Ihrer Ansicht nach zur alten Parität zurückkehren, oder hätten die EWG-Partnerländer Verständnis für eine Aufwertung der DM?

Zu einer Aufwertung oder Nichtaufwertung der DM kann ich keine Aussage machen, außer der Feststellung vom 9. Mai in Brüssel, daß keine der Währungen — einschließlich der DM — von der wirtschaftlichen Seite her aufgewertet werden müßte oder sollte. Ich kann aber die Feststellung treffen: Hinsichtlich des Fortschritts auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion ist es eigentlich gleich, ob die Bundesregierung an der alten Parität festhält oder zu einer neuen übergeht. Für die Wirtschafts- und Währungsunion ist es wesentlich, daß wir so bald wie möglich wieder fixe Wechselkurse haben.

Wie wird die Lösung aussehen? Werden die Bandbreiten der EWG-Währungen nach innen verringert und nach außen ver-

breitert werden, um einen Beitrag zur Reform des Weltwährungssystems zu leisten?

Hier stellt sich tatsächlich die Frage der Stellungnahme der EWG als Einheit gegenüber den noch in Gang befindlichen IWF-Studien über eine größere Flexibilität des Weltwährungssystems. Für diese gemeinsame Haltung gab es schon im letzten Jahr Ansätze, die aber durch die jüngsten Ereignisse wieder etwas verwischt worden sind. Aber die Vorstellung scheint berechtigt, daß die Sechs – und hoffentlich die Zehn – unter der Voraussetzung, daß zwischen ihnen die programmäßige Reduzierung der Bandbreiten erfolgt, bereit wären, gegenüber den Währungen der Drittländer – also speziell auch gegenüber dem Dollar – eine größere Bandbreite für Kurschwankungen zuzulassen. Wie weit diese gehen soll, darüber gehen die Ansichten zur Zeit auch noch auseinander. Ein solches System wäre jedoch in bestimmten Grenzen tragbar – auch für den Welthandel. Denn wir müssen auch im Auge behalten, daß übergroße Bandbreiten Störungen im Welthandel zur Folge hätten. Bei alledem handelt es sich nicht darum, den Dollar zu entthronen, sondern zu entlasten. Ich glaube, die amerikanischen Währungsbehörden wären selbst froh, wenn sie einen Teil der Last, die der Dollar als Reservewährung zu tragen hat, abgeben könnten.

Strukturunterschiede beseitigen

Muß die Bundesrepublik in Zukunft ihre vergleichsweise strengen Stabilitätsvorstellungen revidieren und sich mehr den Wachstumsvorstellungen der Partnerländer anpassen?

Man muß die Stabilität und das Wachstum parallel anstreben. Wenn die Auffassungen in den einzelnen Mitgliedstaaten zur Zeit noch hinsichtlich der Priorität etwas voneinander ab-

weichen, dann liegt das eben daran, daß die Strukturen in den einzelnen Ländern unterschiedlich gelagert sind. Man wird eine ganze Reihe von Maßnahmen einsetzen müssen, die übrigens auch in dem Bericht meiner Expertengruppe erwähnt worden sind, um dies zu korrigieren.

Das soll in der Gemeinschaft – ähnlich wie in den Nationalstaaten – durch eine Struktur- und eine Regionalpolitik geschehen, welche die Differenzen korrigiert. Hier haben wir zuerst die Gemeinschaftsorganismen und -institutionen, die einzusetzen sind. Mit Hilfe der verschiedenen Fonds und der Europäischen Investitionsbank kann auf offizieller Ebene schon manches erfolgen. Ein besseres Gleichgewicht kann aber auch in einem freien Wirtschaftswettbewerb gefördert werden. Denn es ist doch zu hoffen, daß nicht noch größere Zusammenballungen auf engem Raum entstehen und daß das Kapital und die Privatinvestitionen in die Zonen dirigiert werden, die zur Zeit weniger stark entwickelt sind. Eine gewisse Migration von Arbeitskräften ist auch nicht ausgeschlossen.

Diesbezüglich ist eine bewußte Politik auf Gemeinschaftsebene unbedingt notwendig. Es geht also nicht an, daß man den Dingen einfach freien Lauf läßt. Man muß auf Gemeinschaftsebene eine gewisse Konzeption der Strukturänderungen mit Hilfe der nationalen Regierungen ausarbeiten. Hierbei müssen dann sowohl nationale als auch Gemeinschaftsmittel eingesetzt werden, um diese Probleme zu lösen. Auf diese Weise nähert man sich dann dem anstrengenswerten idealen Zustand, in dem die Prioritäten der verschiedenen Zielsetzungen zusammenfallen. Dann gilt ohne Unterschied die zweifache Option: Stabilität mit Wachstum, Wachstum in der Stabilität.

Nach den erfolgreichen Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien stellt sich die Frage, ob die Erweiterung der EWG gleichzeitig den Fortschritt zu einer Wirtschafts- und Währungsunion verzögern könnte?

Große Bedeutung Großbritanniens

Sie könnte ihn nur aus technischen Gründen verzögern. – Ich sehe aber in dem Beitritt Großbritanniens eine große Chance für unsere Wirtschafts- und Währungsunion. Durch den Beitritt Großbritanniens bekommt die Währungsunion erst die richtige Größenordnung. D. h. die EWG wird erst durch ihre Erweiterung zu einem Währungspartner, der einen wesentlichen Beitrag zur Reform des internationalen Weltwährungssystems liefern kann. Die Bedeutung Großbritanniens für die Wirtschafts- und Währungsunion beruht einerseits auf seinem Wirtschaftspotential, zum anderen aber auch auf dem Know-how auf finanziellem Gebiet, der großen Erfahrung und der Bedeutung der City.

Natürlich müssen die Bedingungen des Einbaus des Pfund Sterling in das EWG-Gesamtsystem noch diskutiert werden. Die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion muß sich aber dadurch nicht notwendigerweise verlängern. Die britischen Behörden haben sich hinsichtlich der Währungsunion noch nie in irgendeiner Art negativ geäußert. Bei meinen Gesprächen über diese Fragen mit den höchsten britischen Stellen wurde mir immer gesagt: Wir sind bereit, unseren Beitrag zu leisten. Ich habe weniger Skepsis hinsichtlich der Wirtschafts- und Währungsunion bei meinen Gesprächen mit den Engländern feststellen können als sehr oft bei Unterredungen mit Kontinentaleuropäern.